

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 163 (1997)

Heft: 1

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Österreich

Exercise 96 – internationale Katastrophenhilfsübung in Österreich

Unter dem Titel «Exercise 96 – Viribus Unitis» fand Ende September die erste Katastrophenhilfeübung im Rahmen der NATO-Partnerschaft für den Frieden in Österreich statt. Der Übung lag ein Szenario zugrunde, das dem Zwischenfall im Kernkraftwerk in Tschernobyl vor zehn Jahren nachempfunden wurde. Übungszweck war die Überprüfung des Zusammenwirkens von zivilen Behörden, Rettungsorganisationen und militärischen Dienststellen sowie von Meldungsabläufen auf nationaler und internationaler Ebene. Insgesamt beteiligten sich rund 1300 Personen aus elf ABC-Abwehrtzügen des Bundesheeres, verschiedenen zivilen Organisationen, Behörden und Ämtern sowie militärischen und zivilen Katastrophenhilfskräften aus Ungarn, Tschechien und der Slowakei an der internationalen Übung.

Am 19. September erfolgte die Alarmierung mittels Eilmeldung der Austria Presseagentur. Ein intensiver Datenaustausch zwischen der Internationalen Atomenergiebehörde, dem «UN-Department of Humanitarian Affairs» (UN-IHA), dem «NATO-Civil Emergency Planning Directorate» (NATO/CEPD), der «European Commission for Urgent Radiological Information Exchange» (ECURIE), der «European Union Radiological Exchange Platform» (EURDAP) und den involvierten Staaten folgte ebenso wie die Aktivierung von Teilen des österreichischen Krisenmanagements.

Die praktische Phase der Übung begann am 23. September nach Auslösung des Strahlenalarmplanes. Um auch hier

einen möglichst realistischen Übungsablauf zu gewährleisten, wurden für den Spürbetrieb Cäsiumquellen etwa an Fahrzeugen angebracht. Der Dekontaminationsbetrieb wurde erstmals mit einer offenen radioaktiven Quelle geprobt. So wurden eine Panzerhaubitze M-109 und ein Bagger gezielt mit dem kurzlebigen radioaktiven Isotop Technetium 99m kontaminiert, um so die Wirksamkeit der angewandten Dekontaminationsverfahren überprüfen zu können. Weiterer Höhepunkt für die an der Übung beteiligten Mannschaften war die Dekontamination eines – laut Übungsannahme aus dem Katastrophengebiet kommenden – Passagierflugzeugs der Austrian Airlines. Während sich die militärischen Kräfte um die Entstrahlung der Maschine bemühten, übernahmen zivile Kräfte die Versorgung der Passagiere. Ihren Abschluss fand die «Exercise 96» am 27. September in Form einer Abschlussbesprechung der Fachleute und Beobachter in Seibersdorf. Die aus dieser vielbeachteten Katastrophenhilfeübung gewonnenen Erkenntnisse sollen in der Zukunft dazu beitragen, Verfahren und Strukturen diesseits und jenseits der Grenze zu standardisieren und weiter zu verbessern. (rze)

Zivildienner – grober Missbrauch beim Wehersatzdienst?

Obwohl sich knapp doppelt so viele junge Österreicher für den Zivildienst entscheiden als vor dem Fall der Zivildienstkommission, scheint sich allgemein ein Mangel an Wehersatzdienern in Österreich breit zu machen. Die Erklärung hierfür ist einfach: die Einsatzbereiche

für Zivildienner liegen nach den letzten Zivildienstgesetzesnovellen schon lange nicht mehr nur im sozialen Kernbereich. So wurden etwa auch Gebiete wie Dienst in inländischen Gedenkstätten oder Vorsorge für die öffentliche Sicherheit und die Sicherheit im Strassenverkehr in den Einsatzkatalog für Zivildienner aufgenommen. Kein Wunder, dass nach dem Abklingen der Zivildienststeuphorie die klassischen sozialen Bereiche zunehmend über einen Mangel an Wehersatzdienstleistenden klagen.

Nach der 1991 erfolgten Abschaffung der Zivildienstkommission erfolgte nicht nur ein sprunghaftes Ansteigen der Zahl derjenigen, die sich zum Wehersatzdienst meldeten. Um zu lange Wartezeiten zu vermeiden, wurden in der Folge auch die Einsatzbereiche für Zivildienner deutlich ausgeweitet. Allerdings stellte sich heraus, dass durch den Anstieg der Zivildienstansprüche bei gleichzeitigem Sinken der entsprechenden Geburtenrate das Heer plötzlich zu wenig Mitarbeiter bekam. Aufgrund des geringeren Zulaufs an Grundwehrdienern zum Bundesheer zeichneten sich bereits ernstzunehmende Mängel bei der personellen Besetzung und damit bei der Auftragsbefüllung ab. Nach einer Verlängerung der Zivildienstdauer auf 11 Monate änderte sich – wie erwartet – die «Gewissenshaltung» etlicher junger Österreicher, es kam zu einem deutlichen Absinken der Zivildienstansprüche. Da auf die neue Situation im Bereich der Zivildienstgesetzgebung nicht rechtzeitig reagiert wurde, kam es zu heftigen Reaktionen vor allem der klassischen Einsatzbereiche für Zivildienner, da diese auf einmal einen empfindlichen Mangel verbuchen mussten. Dies, obwohl etwa doppelt so viele Zivildienner pro Jahr zur Verfügung stehen wie zur Zeit der Gewissenskommissionen.

Die Reaktion in der neuen Zivildienstgesetzesnovelle scheint grotesk: Statt die Einsatzbereiche wieder auf die ursprünglichen sozialen Aufgabenstellungen zu beschränken, wird neuerlich die Ausweitung der Dienstgebiete vorgeschlagen: Kinder- und Jugendbetreuung, Gesundheitsvorsorge, Umweltschutz, Naturschutz- und Landschaftspflege. Bedenkt man, dass jeder der in diesen neuen Bereichen eingesetzten Zivildienner nicht nur dem Bundesheer, sondern letztendlich auch den sozialen Dienststellen

wie Rettungswesen, Krankenanstalten, Behinderten- oder Altenbetreuung fehlen, so stellt sich die Frage nach der Seriosität der aktuellen Gesetzesvorlage.

Es entsteht der Eindruck, dass Zivildienner letztendlich in allen Gebieten eingesetzt werden können und sollen, gleichgültig ob der Einsatz gerechtfertigt und für die Gesellschaft Priorität hat oder nicht. Abgesehen vom menschlichen Gesichtspunkt ist diese Haltung auch angesichts des nach wie vor herrschenden Mangels an Grundwehrdienern beim Bundesheer, wo tatsächlich auch eine für den Staat lebensnotwendige Aufgabe abgedeckt wird, nicht nachzuvollziehen.

In einem Aufruf erinnert die österreichische Offiziersgesellschaft daran, dass der Zivildienst eigentlich «nur» ein Wehersatzdienst ist. Die Zeit aller jungen Staatsbürger, die sich auf diese Weise für die Gesellschaft engagieren, soll daher nicht verschwendet werden. Diese sollen vielmehr gewissenhaft für ein soziales Österreich eingesetzt werden, dabei sollte übrigens auch die verpflichtete Hilfe der Frauen im Sinne einer Dienstpflicht nicht fehlen. hg

Treffen der wehrpolitisch tätigen Vereinigungen

Vor rund drei Jahren war vom Büro für Wehrpolitik des Kabinetts des Bundesministers für Landesverteidigung ein Erlass ausgearbeitet worden, der die Zusammenarbeit zwischen dem Verteidigungsressort und den Vereinen, die in ihren Statuten die Unterstützung der österreichischen Landesverteidigung festgeschrieben haben, regelt. Damit sollte ein weiteres Element in der wehrpolitischen Arbeit gebildet werden, das letztendlich dem Ringen um Aufmerksamkeit und Zustimmung für die Landesverteidigung in Österreich förderlich sein sollte. Am 4. Oktober 1996 fand ein Erfahrungsaustausch über diesen Erlass in den Räumlichkeiten der Stiftskaserne in Wien statt. Mehr als 100 Vereine waren eingeladen worden, Vertreter zu dieser Tagung zu entsenden, um über konstruktive, realitätskonforme Anregungen zur Verbesserung oder Änderung zu diskutieren. Darüber hinaus sollte auch die Kommunikation der Vereine untereinander gefördert werden. Bei einem Überblick über die Leistungen



Dekotrupp des österreichischen Bundesheeres

der Vereine wurde der Wert dieser Form der wehrpolitischen Arbeit deutlich. In den vergangenen drei Jahren waren vom Büro für Wehrpolitik 1277 Einzelaktionen registriert worden. Neben der Herausgabe von 30 Zeitungen wurden über 80 Presseausendungen, mehr als 40 Bulletins und Leserbriefe verfasst und Hunderte von wehrpolitischen Veranstaltungen abgehalten. Prinzipiell kamen die Delegierten überein, die bisherige Form der Zusammenarbeit weiterzuführen, wobei der Bereich gegenseitiger Kommunikation noch forciert werden soll.

rze

Sicherheit und Dynamik in der Mitte Europas – Österreichs Rolle aus der Sicht seiner Nachbarn

Vom 8. bis 10. Oktober diskutierten 20 internationale Experten vor rund 200 Teilnehmern des 7. interdisziplinären Symposiums der Landesverteidigungsakademie und des Instituts für Politikwissenschaften der Universität Wien über die sicherheitspolitischen Entwicklungsmöglichkeiten im Umfeld Österreichs. Auch wenn die Frage nach einem möglichen NATO-Beitritt Österreichs und seiner Nachbarn sowohl von Verteidigungsminister Dr. Werner Fasslabend als auch vom 2. Präsidenten des Nationalrats, Prof. Dr. Heinrich Neisser durchaus positiv angesprochen worden war, standen doch auch andere Themen im Vordergrund. Vor allem die von den französischen Vertretern angeschnittene Frage, ob die europäische Verteidigungsidentität auch in Zukunft von den USA dominiert werden solle, wurde heftig diskutiert. Die Vertre-

ter der Mittel-Osteuropäischen Staaten drängten erwartungsgemäss auf eine schnelle Osterweiterung der NATO.

In seinem Resümee fasste der Kommandant der Landesverteidigungsakademie, Korpskommandant Ernest König, die Aussagen des Symposiums wie folgt zusammen: Die USA könne sicherheitspolitisch ohne Europa leben, Europa aber nicht ohne die USA. Westeuropa könne ohne die Mittel-Osteuropäischen Staaten auskommen, diese wiederum werden auf Europa angewiesen sein. Die USA wollen mit Europa durchaus kooperieren, Westeuropa sei gut beraten, die MOE-Staaten zu integrieren. Langfristig werde sich nämlich beides auszahlen.

Eine schnelle Osterweiterung der NATO, in der Österreich eine aktive Rolle spielen soll, war der Tenor der Aussagen, was die konkretere sicherheitspolitische Zukunft Europas betraf. Betont wurde, dass ein derartiger Schritt nicht nur bei der Politik der betroffenen Staaten, sondern vor allem auch bei der dortigen Bevölkerung erwünscht und für wichtig erachtet wird. Allerdings wurden zwei Nebenbedingungen diskutiert, die bei einer Integration der Oststaaten unbedingt Beachtung finden sollten: einerseits müssen bei einer NATO-Erweiterung die Interessen Russlands Berücksichtigung finden. Keinesfalls darf diese Ostintegration aus russischer Sicht als latente Aggression wahrgenommen werden. Andererseits sollte eine Erweiterung der NATO auch als Chance genutzt werden, die europäische Komponente der Allianz stärker zu betonen, um so den Verdacht einer schleichenden Etablierung einer «Hegemonialpolitik» der USA in Europa zuvorzukommen. rze

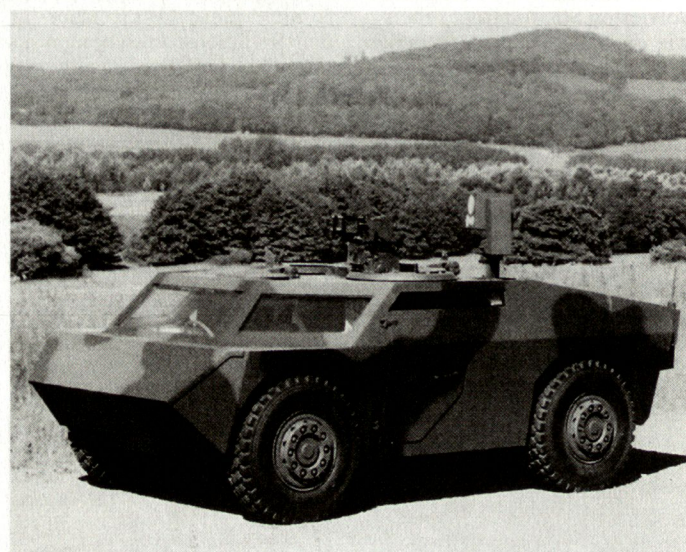
positionen wie Materialerhaltung, Neubeschaffung, Ausbildung und Übungen, weil die Fixpunkte Personalkosten und Infrastrukturhaltung kurzfristig keinen Spielraum bieten. Insbesondere sind hiervon die Entwicklung und Beschaffung von Grossgerät wie «Euro-Jäger 2000» und Hubschrauber, die multinational entwickelt und beschafft werden, und die Instandhaltung des Gerätes und der Waffen betroffen. Während für die Neubeschaffung «Streckungsmöglichkeiten» bestehen und keine akute Bedrängnis eintritt, wirken sich das Fehlen von z. T. geringwertigen Ersatzteilen über Monate hinweg in der Truppe unmittelbar aus. Hierauf machte die Wehrbeauftragte der Bundeswehr in ihrem Jahresbericht 1995 aufmerksam. Sie stellte fest, dass durch nicht einsatzbereite Fahrzeuge Ausbildungs- und Übungsvorhaben sowie die tägliche Dienstausbildung spürbar eingeschränkt seien. Sparzwänge dürfen sich nicht auf den inneren Zustand der Truppe auswirken. Ihr Verständnis von innerer Führung verlange, dass Soldaten nur mit Gerät in den Einsatz geschickt würden, das dem Stand der Technik entspreche. Es müssten nicht immer die neuesten Modelle sein, das Gerät müsse aber zumindest verkehrstüchtig, einsatzfähig und sicher sein. Die Soldaten müssen die Wertschätzung, die ihnen das Parlament entgegenbringt, auch an ihrer Ausrüstung, Einsparungen hätten Auswirkungen auf Motivation und Dienstfreude.

Gemäss Verteidigungsministerium soll es allerdings nicht zutreffen, dass Ausbildung und

Einsatzbereitschaft hierdurch gefährdet seien. Die Engpässe seien nicht nur durch mangelnde Mittel, sondern durch eine Umstellung des Logistiksystems von einer hohen, aber teuren Ersatzteilbevorratung auf eine Direktbevorratung und durch eine Reduzierung von Haushaltsmitteln entstanden. Diese Schwierigkeiten sollen nun aber zügig behoben werden. Für 1997 seien im Heer 70 Millionen DM mehr für Ersatzteilbeschaffung vorgesehen. Tp

Zur Entwicklung des leichten Spähwagens Fennek

In die Streitkräfte der Bundeswehr wird der von den Firmen DAF SP und Wegmann & Co. entwickelte leichte lufttransportfähige Spähwagen «Fennek» eingeführt. Hierdurch soll die Voraussetzung für hochbewegliche und erfolgreiche Operationsführung unter Berücksichtigung der zukünftigen Aufgabenstellung, insbesondere für die Krisenreaktionskräfte, gesichert bzw. geschaffen werden. Zuverlässige, rechtzeitige Aufklärungsergebnisse auf allen Führungsebenen sind die Voraussetzung, um die Absicht des Feindes früh zu erkennen und die eigenen Kräfte realitätsbezogen zielgerichtet einsetzen zu können. Hierzu benötigte das Heer in Ergänzung zu den bisherigen taktischen und operativen Aufklärungsfahrzeugen und -mitteln ein leicht gepanzertes Radfahrzeug, mit dem bei allen Witterungs- und Sichtverhältnissen operiert werden kann. Ein solches Fahrzeug steht mit dem «Fennek» für die Bundeswehr zur Verfügung. Der «Fen-



Spähwagen «Fennek», eine Gemeinschaftsentwicklung zwischen Deutschland und den Niederlanden.

Deutschland

Wird die Bundeswehr «kaputt»-gespart?

Trotz starker Reduzierung des Gesamtumfangs der Bundeswehr und überproportionaler Verkleinerung der gepanzerten mechanisierten Verbände muss die Bundeswehr immer grössere Einschnitte in die ihr zur Verfügung gestellten Finanzmittel hinnehmen. Die Steuerschätzungen ergeben stets neue, kleinere Werte, die

die Bundesregierung in immer kürzer werdenden Zeitabständen dazu zwingen, Etatkürzungen vorzunehmen. Der Zwang zur Schliessung einer neuen Lücke von 3 Milliarden DM für den Bund hat fast zu einer Koalitionskrise geführt. Immerhin ist der Verteidigungshaushalt 1997 mit einem Minus von 200 Millionen DM vergleichsweise glimpflich davongekommen. Diese Mittelkürzungen haben unvermeidlich Auswirkungen auf die variablen Ausgabe-

nek» ist der kleinste unter den Füchsen und verkörpert alle die Eigenschaften, über die sein gleichnamiger «grosser militärischer Bruder» verfügen soll. Wesentliche Kriterien sind: Volle Geländegängigkeit, Lufttransportfähigkeit, niedrige Silhouette, damit grosse Geländeausnutzungsfähigkeit sowie eine Beobachtungsausstattung, die Beobachtung bei Tag und bei eingeschränkter Sicht sicherstellt. Als Bewaffnung dient eine Granatmaschinenwaffe 40 mm, die unter Panzerschutz bedienbar ist. Weitere Forderungen sind: Unabhängigkeit bis zu fünf Tagen, Funkausstattung für

Verbindungen bis 100 km, darüber hinaus ist Informationsaustausch mit Gefechtsständen der Panzeraufklärungstruppe zu gewährleisten. Das Verlegen von Bodensensoren zur Aufnahme, Auswertung und Übermittlung von Daten soll ermöglicht werden. Die dreiköpfige Besatzung kann unter ABC-Schutz aufklären. Das Fahrzeug wird gemeinsam mit den Niederlanden als Pilotnation entwickelt und beschafft. Die Einführungsgehmigung für den «Fennek» ist für Juni 1998 geplant. Die Einführung des 1. Loses (218 Stück) ist für den Zeitraum Juli 1999 bis Dezember 2001 vorgesehen. Tp

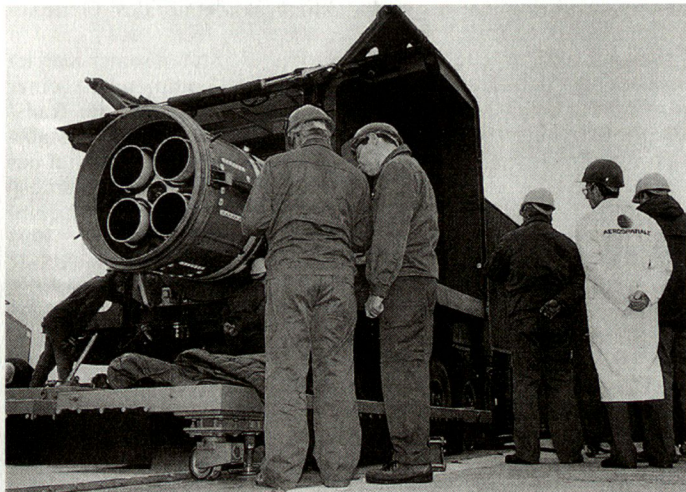
Frankreich

Aufhebung des Stützpunktes für landgestützte Nuklearwaffen auf dem Plateau d'Albion.

Seit dem 2. August 1971 stand das 1. Groupement de Missiles Stratégiques (1^{er} GMS) auf dem Plateau d'Albion, zwischen den Departementen Alpes de Haute-Provence, Drome und Vaucluse gelegen, einsatzbereit. Nach 25 Jahren wurden nun Mitte September 1996 die dort installierten 18 strategischen Lenk Waffen vom Typ S-3D ausser Dienst gestellt. Die Abschuss- und Führungseinrichtungen dieser französischen Nuklearwaffen waren auf dem 70000 ha grossen Gelände eingebunkert. Die ballistischen Lenk Waffen des Typs S-3D verfügten über einen Nukleargefechtscopf von der Sprengkraft einer Megatonne. Die maximale Reichweite der Lenk Waffen, die

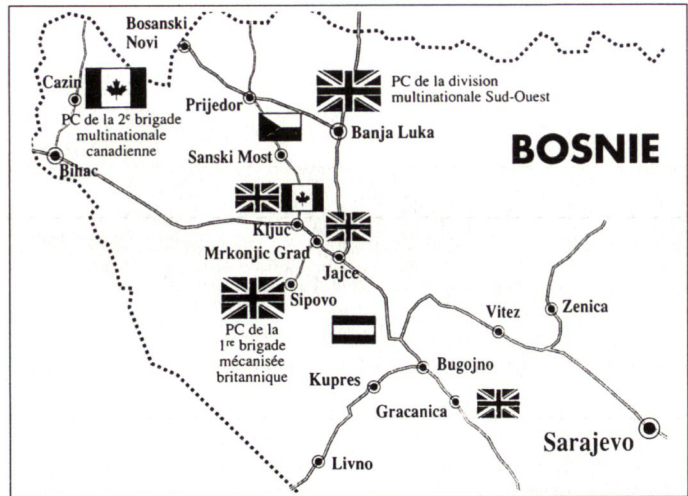
ursprünglich auf Führungszentren der früheren Sowjetunion und des WAPA gerichtet waren, lag bei 3500 km. Im Einsatzbereich der S-3D lagen beispielsweise Moskau, St. Petersburg, Murmansk, der gesamte Schwarzmeerbereich oder auch Ziele in der heutigen Ukraine. Diese geplanten französischen Nukleareinsätze waren primär als Abschreckung und notfalls auch als Antwort Frankreichs auf allfällige Angriffe des WAPA gedacht.

Frankreich will sich künftig nur noch auf luft- und seegestützte Nuklearwaffen konzentrieren. Als Träger dieser Abschreckungsmittel stehen weiterhin die Bomber Mirage 2000N und Super-Etendard (mit den Luft-Boden-Lenk Waffen ASMP) sowie die 5 strategischen U-Boote (mit den Lenk Waffen M-4 resp. M-45) zur Verfügung.



Die französischen silogestützten Nuklearlenk Waffen S-3 wurden im Herbst letzten Jahres abgebaut.

Grossbritannien



Dislozierung der 1. britischen Division (Multinationale Division Süd-West) in Bosnien-Herzegowina.

Zum britischen IFOR-Einsatz

Der Sektor der 1. UK Armoured Division (Multinationale Division Südwest) umfasst mehrere sensible Zonen, in denen Kroaten, Muslime und Serben zu Hause sind. Der unter britischem Kommando stehende Raum umfasst die Zentren Jajce, Banja Luka, Prijedor, Bihac usw. Neben einer britischen Brigade sind der Division auch kanadische, niederländische, malaysische und tschechische Truppen unterstellt.

Das HQ dieser multinationalen Division befindet sich in Banja Luka und verfügt über zwei Brigaden: die «1st Mechanised» und die «2nd Canadian». Die grosse Ausdehnung des Sektors führt zu grosser Aufteilung der Kräfte. Aus diesem Grund müssen viele Patrouillenfahrten durchgeführt werden, und etwa alle 20 km stösst man auf einen Kontrollposten.

Das strategisch wichtige Plateau mit der Strasse Split-Zenica wird bei Sipovo durch das «2nd Malaysian Battle Group» mit Schützenpanzer Condor überwacht.

Dieses malaysische Bataillon verfügt über koreanische Fahrzeuge und ist mit jugoslawischen Minenwerfern 81 mm ausgerüstet; es steht in der Gegend der Waffenstillstandslinien im Einsatz.

Die 1. Mech Brigade umfasst zwei britische Inf Bataillone, je eines auf Warrior und eines auf Saxon; dann das malaysische und ein niederländisches Batail-

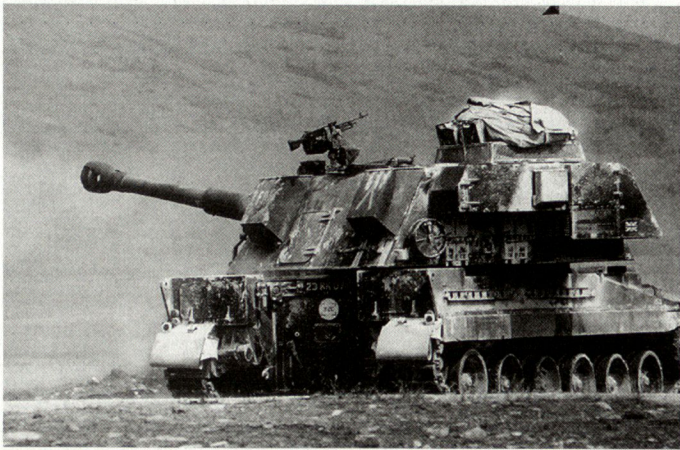
lon sowie eine Aufklärungs- und eine Panzerkompanie Challenger sowie eine Artilleriebatterie.

Haupteinsatzmittel der Briten ist das «Worcestershire and Sherwood Foresters Regiment» (29th/45th Food): Es patrouilliert auf der Achse Bihac-Jajce, einst Hauptverbindung Bosniens. Ohne Unterbruch zeigen die Briten hier in dieser mittleren Gebirgsgegend ihre Stärke, wo Dörfer ethnisch gesäubert wurden.

Das «Queen's Lancashire Regiment» mit KP in Gornji Vakuf operiert mit seinen Schützenpanzern Saxon in einer ruhigen Gegend, wo aber immer noch kroatisch-moslemische Spannungen unterschwellig vorhanden sind.

Die Niederländer stehen in der Gegend von Jajce, einer ruhigen kroatisch-moslemischen Region. Ihre Leopard 2 rücken nur selten aus. Ihr Kontingent setzt sich aus 2 Mech Kompanien, einer Panzerkompanie und Unterstützungsmitteln zusammen: total 900 Mann. Für Notfälle werden gemischte Formationen gebildet und eingesetzt.

Die Kanadier halten sich in der Region Bihac auf. Der KP der «2nd Canadian Multinational Brigade» ist in Cazin. Der Grosse Verband setzt sich aus einer Mech Kompanie der Woofers auf Warrior, einem tschechischen Bataillon, einer Kompanie des «Royal Canadian Regiments» auf Cougar und Grizzly, einer Aufklärungskompanie der «Royal Canadian Dragon», einer Batterie Light Gun, einer Batterie AS-90, einer Schwadron Challenger, einer kanadi-



Die britische Panzerhaubitze AS-90 steht erstmals im Auslandseinsatz.

schen Geniekompanie und Diensteinheiten zusammen.

Zu den mechanisierten Fahrzeugen gehören M-113 inklusive TOW auf M-901, Genie-Bergepanzer, Grizzly, Cougar, Wolf usw. Hauptwaffe der Division sind die 26 Panzer Challenger-1 des «Queen's Royal Hussar».

Ebenfalls beeindruckend sind die neuen selbstfahrenden

Geschütze 155 mm AS-90, deren 6 pro Batterie im 26. Regiment vorhanden sind. Zwei Batterien davon stehen in Bosnien, ihre Reichweite beträgt 25 km.

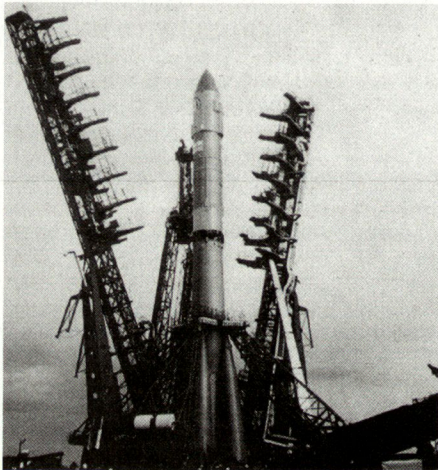
Am Una-Fluss stehen Fallschirmjäger der Tschechischen Schnellen Eingreiftruppe mit BMP-2 Schützenpanzern. Bt

Russland

Kooperation und westliches Know-how

Am 7. August letzten Jahres wurde die französisch-russische Gesellschaft Starsem gegründet. An ihr sind beteiligt: Aérospatiale (35%), Arianeespace (15%), RKA (25%) und das Weltraumfahrtzentrum Samara (25%). Die neue Gesellschaft will die russischen Trägerraketen Sojuz sowie den Transport von Satelliten kommerzialisieren. Im Verwaltungsrat sitzen fünf Franzosen und fünf Russen sowie zwei nicht stimmberechtigte Verwalter des CNES und

der RKA. Das Kapital beträgt 0,5 Mio. FF. Die Investitionen für die Fabrikation von Trägermitteln und Infrastruktureinrichtungen in Baikonur betragen etwa 30 Mio. US\$. Die Herstellung der ersten Trägerrakete und die Vorbereitungen für weitere vier sind angelaufen. Starsem, die spezialisiert ist auf niedrigere Umlaufbahnen, hofft auf baldige Aufträge. Sie möchte 5 bis 16 Starts bis zum Jahr 2000 durchführen. Die Produktion der Sojuz-Raketen war in letzter Zeit um 75 bis 80% zurückgegangen, d.h. auf 12 bis 15 Raketen pro Jahr. Wird sie dank Starsem nun verdoppelt, so



Start einer russischen Trägerrakete Sojuz.

erreicht sie etwa die Hälfte der möglichen Kapazität. Das Raumfahrtzentrum Samara, das vom Kremel am 12.4.96 eingerichtet wurde, umfasst das Forschungsbüro TsSKB (5000 Personen) und das Werk Progress (20000 Beschäftigte) und ist somit eines der größten Russlands.

Im Rahmen der Weltraumexperimente in russisch-französischer Zusammenarbeit ist Ende 1997/Anfang 1998 eine 21-Tage-Mission vorgesehen. Dabei wird es sich um den sechsten gemeinsamen Einsatz handeln, ein siebenter – von über 120 Tagen Dauer – ist bereits fürs Jahr 1999 vorgesehen. Bt

Neue Waffengattung – Militärpolizei

Die starke allgemeine Zunahme der Kriminalität im Land macht sich auch in den Streitkräften bemerkbar. Ungefähr 4000 Angehörige der Streitkräfte sind gegenwärtig zur Fahndung ausgeschrieben, und zu den Straftaten gehören neben Befehlsverweigerung, Desertion und Meuterei auch Waffenhandel, Diebstähle von Sprengstoff und Überfälle auf Waffen- und Munitionsdepots oft verbunden mit Mordanschlägen gegen Wachmannschaften.

Zwar hat die Militärjustiz schon immer funktioniert mit ihren Untersuchungs- und Straforganen, und in den Militärsiedlungen und Ortschaften mit stationierten Militäreinheiten gibt es Militärkommandanturen mit ihren Patrouillen und Hafteinrichtungen. Aber die bestehenden Strukturen zur Erhaltung der Rechtsordnung und Gesetzlichkeit in den Streitkräften sind durch die kriminogene Entwicklung stark überfordert.

Schon 1995 wurde in der Staatsduma der Gesetzesentwurf «Über die Militärpolizei» als prioritär eingestuft, aber er ist bis jetzt nicht behandelt worden. Im Verteidigungsministerium ist jetzt eine neue Variante des Gesetzesentwurfes betreffend Militärpolizei ausgearbeitet worden. Die Militärpolizei soll als eine neue Waffengattung der Streitkräfte, basierend auf bestehenden Strukturen der einzelnen Dienstzweige, aufgebaut werden. Das Wichtigste am neuen Gesetzesentwurf ist das Zusammenfassen der dezentralisierten Ordnungsstrukturen, ihre Vereinheitlichung und föderale Führung. Als Vorausset-

zung wird die Schaffung von gesetzlichen Grundlagen für die Tätigkeit der Militärpolizei und der Ausbau der Mannschaftsbestände der neuen Waffengattung auf 10000 Mann bezeichnet.

Zu den Hauptaufgaben gehören:

- Sicherstellung der Gesetzlichkeit und Rechtsordnung in Garnisonen sowie Truppen- und Einsatzstandorten der Militäreinheiten;
- Bewachung der Stäbe und anderer wichtiger Objekte;
- Aufdeckung, Verhütung und Unterbindung von Verbrechen und administrativen Rechtsverletzungen durch Militärpersonen;
- Zusammenarbeit mit der Verkehrspolizei bei Militärtransporten.

Im Gesetzesentwurf ist auch die Ausbildung und Weiterbildung der Militärpolizeikader in den Ausbildungszentren des Verteidigungs- und des Innenministeriums vorgesehen. GB

Neuer Generalstabschef

Nachdem der bisherige Generalstabschef Armeegeneral Kolesnikow ohne Angabe der Gründe abgesetzt wurde, ernannte Präsident Jelzin Armeegeneral Viktor Samsonow zum neuen Generalstabschef.

Samsonow, geboren 1941 im Gebiet Saratow, absolvierte 1964 die höhere Offiziersschule im Fernen Osten und diente zunächst in den Einheiten der Marineinfanterie. 1972 absolvierte er die Frunse-Militärakademie, wurde Stabschef eines Mot Schützenregimentes, dann dessen Kommandant und später Stabschef einer Panzerdivision. 1981 absolvierte Samsonow die Militärakademie des Generalstabes.

Weitere Stufen seiner Karriere waren: Kommandant einer Mot Schützendivision im Transkaukasus-Militärbezirk; Stabschef einer Armee; Stabschef des Transkaukasus-Militärbezirkes; 1990 Befehlshaber des Lenin-grader Militärbezirkes; 1991 Generalstabschef der UdSSR und erster Stellvertreter des Verteidigungsministers; später Stabschef und erster Stellvertreter des Oberbefehlshabers der Vereinigten Streitkräfte der GUS.

Seit 1993 war Armeegeneral Samsonow Stabschef zur Koordination der militärischen Zusammenarbeit der GUS-Mitglieder. GB ■